

Wahlprogramm

3 Themenblöcke, 6 Schwerpunkte, 22 Kernforderungen – unser
knackiges Wahlprogramm
zur Kommunalwahl 2025



1. Wie wollen wir leben? Wünschen wir uns nicht alle einen lebens- und liebenswerten Ort zum wohnen, an dem wir in Würde leben und altern können? Einen lebhaften Ort im Miteinander, aber einen ruhigen Ort geschützt von Straßen-, Industrie- und Gewerbelärm, ohne dabei den notwendigen Blick auf Arbeitsplätze zu verlieren.

Nachhaltige Gewerbe- und Industrieentwicklung im Zusammenhang von **Lärm und Wohnqualität**. Die Ansiedlung von Amazon, Reuter und Co. sorgte nicht nur zu einem Flächenverlust von wertvollen Ackerland, sondern auch zu einer Verkehrsherausforderung, die eine erhebliche Lärmmehrbelastung für die Anwohnenden mit sich brachte. Die Verkehrsthematik sorgt Jahre nach der ersten Ansiedlung am Hamburgring weiterhin zu viel Diskussion, was auch eine Folge dessen ist, dass mit Planungen und Gutachten im Vorfeld sehr intransparent umgegangen worden ist und die Bürgerinnen und Bürger oft ratlos zurück ließ.

Die Schaffung und Entwicklung von **nachhaltigen Arbeitsplätzen** sind die Grundlage eines guten Lebens – zumindest sollten sie das sein – aber sie müssen der Wohn- und Lebenssituation der Menschen vor Ort angeglichen sein. Dabei lässt sich nicht jede Lärmbelästigung vermeiden, aber es braucht Konzepte und Maßnahmen um Lärm weitestgehend zu vermeiden oder Wohnungen und Häuser vor den vorhandenen Lärm zu schützen

Wir wollen:

- Gewerbe- und Industrieentwicklung ohne (großen) Flächenverlust, die vorrangig auf bisherigen erschlossenen oder bebauten Flächen stattfindet, die nicht mehr oder nicht weiter genutzt werden. Erschlossene oder bebaute Flächen, die für Folgenutzungen nicht mehr in Frage kommen, sollen zeitnah renaturiert werden.
- Baukonzepte von Gebäude, die vertikal (in die Höhe ausgerichtet sind) statt in der Breite, wodurch Flächenverluste reduziert werden- oder Flächen besser aufgeteilt werden können.
- Lärmvermeidungs- und Lärmschutzkonzepte für Anwohnende – nicht nur bei den Betriebsstätten selber, sondern auch für die Zuwege – von der Autobahn bis zum Anlieferungstor.
- Mehr Mitspracherecht und Beteiligung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner durch transparentere Verfahren bei der Schaffung von Gewerbe und Industrie auch im Rahmen von Verkehrskonzepten und vor allem bei den Auswirkungen auf die betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Ökologische Aufwertung, Umwelt und Mobilität. Die stadtweite Pflanzung von 1.000 Bäumen allein kann nicht Ausdruck einer notwendigen und sinnvollen ökologischen Aufwertung für die Umwelt sein – vor allem dann nicht, wenn Marktplätze oder öffentliche Freiflächen als Beton- oder Steinwüsten geplant werden. Auch wenn die Verwaltung in ihren Planungen den ökologischen Aspekt inzwischen stärker berücksichtigt und schon jetzt z.B. über die mags einiges im Rahmen von Bepflanzungen tut, so gibt es dennoch weiteren erheblichen Spielraum.

Auch ein **Mobilitätswechsel** weg von der reinen Autovorrangpolitik ist weiter zu denken und fortzusetzen, dabei kann es aber keinen absoluten Verzicht auf den motorisierten Individualverkehr (allein schon bei größeren Transporten oder Umzügen) geben. **Mobilitätsmixe** in Hinsicht der jeweiligen aktuellen Notwendigkeiten sind dabei anzustreben. Natürlich spielt dabei eine vernünftige Infrastruktur für alle Verkehrswege eine entscheidene Rolle.

Der Verzicht eines Autos darf nicht dazu führen, dass Menschen, die mit Kinderwagen unterwegs sind oder auf Rollstühlen oder Rollatoren angewiesen sind, gerade bei irgendwelchen Stadtevents oder wenn Borussia Mönchengladbach spielt, an den Haltestellen zurückgelassen werden, weil die Busse überfüllt sind. Dazu braucht es einen **Ausbau von Kleinbussystemen**, die auf diese Bedürfnisse ausgerichtet sind, z.B. nach dem Vorbild des flexiblen On-Demand-Verkehr NEW Op Jück.

Wir wollen:

- Ein größeres ökologisches Denken bei der Stadtentwicklung. Wir wollen mehr als Cortenstahl – Pflanzenkübel auf und an öffentlichen Plätzen,
- Mehr Straßenbepflanzungen auch unter Wegfall von Parkplätzen, sofern kein zu großer Parkdruck entsteht.
- Ein größerer Fokus auf Pflanzenerhalt und Erhalt des Baumbestandes gerade in Hinsicht der Herausforderungen im Zusammenhang der klimatischen Veränderungen.
- Konzepte für Mobilitätsmixe um für die Menschen Anreize und Bedingungen zu schaffen auf den reinen motorisierten Individualverkehr weitestgehend verzichten zu können, z.B. durch Schaffung von öffentlichen Fahrradgaragen in Wohngebieten, wo in den Miethäusern Fahrräder nicht niedragschwellig untergebracht werden können oder um im ländlichen Raum einen Wechsel in das ÖPNV System z.B. an (Bus-)Bahnhöfen und stark-frequentierten, zentralen Bushaltestellen zu unterstützen. Schon jetzt sollten doch Fahrradständer am Busbahnhof Rheindahlen als mobilitäts-planerische Maßnahme das Minimum sein.

- Eine vernünftige Verkehrsweginfrastruktur – in diesem Rahmen wollen wir u.a. eine ordentliche Beseitigung aller Fahrradwegschäden entlang der L370 von der Stadtwaldstr. bis zur Erkelenzer Str.
- Ausbau und Verstetigung von Kleinbussystemen nicht nur im ländlichen Raum – stadtweit für Menschen mit Kinderwagen, Rollstühlen und Rollatoren.

In Würde Wohnen und Leben. Die Forderungen nach bezahlbarem Wohnraum sind nicht neu und sie werden immer notwendiger – auch im ländlichen Raum.

Günstiges Wohnen allein reicht jedoch nicht – was es braucht ist *bezahlbares Wohnen in Qualität* und somit auch in Würde.

Was aber wenn der Vermieter das Geld für die Heizkostennebenabrechnung verjubelt hat und die Gassperre droht – so wie es auch schon in Rheindahlen vorgekommen ist? Soll eine Kommune ihre Bürgerinnen und Bürger wirklich monatelang sich selber mit kaltem Wasser und kalten Räumen überlassen bis Gerichte endlich eine Klärung herbeiführen oder die Mieterinnen und Mieter, die sich einen kurzfristigen Umzug leisten können, das Weite suchen? *Sollte eine Kommune nicht solidarisch eintreten und unterstützen*, indem sie z.B. auf den städtischen Versorger entsprechend einwirkt – nötigenfalls auch finanziell?

Für ein erfülltes Leben braucht es die wichtigen Dinge, dafür weniger Stress und Hetze. Das Konzept der schnellen und kurze Wege hilft paradoxerweise bei einer Entschleunigung der täglichen Aufgaben und Herausforderungen. Deswegen setzen wir uns für den *Erhalt und den Ausbau des kommunalen Stadtteil-Bürgerservice* vor Ort und *Stärkung der einzelnen Ortszentren* ein.

Teilhabe an der Gesellschaft im (hohen) Alter kann nur funktionieren, wenn die Infrastruktur darauf angepasst ist. Enge, unabgesenkte Gehwege machen nicht nur das Leben für Menschen schwer, die auf Rollatoren und Rollstühle angewiesen sind, sondern ist auch die Hölle für alle, die mit einem Kinderwagen unterwegs sind. Teilhabe am Leben fängt schon am Bordstein vor der Haustüre an!

Für ein würdevolles Leben gehört nicht nur der Aspekt der Freizeit und des Wohnens, sondern auch die *Arbeit*. Gerade in Hinsicht der aktuellen Marktplatzumgestaltung in Rheindahlen müssen Gewerbetreibende von der Politik und der Kommune vollumfänglich unterstützt und begleitet werden.

Wir wollen:

- Bezahlbares Wohnen in Qualität für alle – kein billiges Wohnen bei günstigen Preisen, sondern würdevolles Wohnen egal wie groß der Geldbeutel ist.

- Eine solidarische Kommune, die Mieterinnen und Mieter in Schieflagen unterstützt.
- Schluss mit Gas- und Stromsperrern bei Fremdverschulden.
- Eine alters- und familiengerechte Infrastruktur – Angefangen bei Gehwegen mit ausreichend Platz bis hin zu echten barrierefreien Zugängen in öffentlichen Gebäuden, Plätzen und Geschäften sowie den Erhalt und den Ausbau des kommunalen Stadtteil-Bürgerservice.
- Vollumfängliche Unterstützung von Gewerbetreibende seitens der Politik und Verwaltung vor und während der Bauzeit von großen und langfristigen Bauvorhaben.

Brauchtum und Vereine schützen und fördern. Im Rahmen der Bezirkshaushalte zeichnet sich eine gesellschaftliche Entwicklung sehr stark ab: Den Vereinen und dem Brauchtum geht es schlecht. Ob es nun die Karnevalsvereine, die Schützen, den Sportvereinen oder den Bürgerverein von nebenan betrifft – die Mitgliederzahlen sinken, Einnahmen reichen nicht mehr aus, um Feste und Events finanziell ohne Hilfe zu stemmen. Der Bezirkshaushalt kann diese Defizite nicht in Gänze stemmen und ist dafür im Grunde auch nicht gedacht (zumindest nicht rückwirkend). Es braucht andere **öffentliche Budgets und Fördermöglichkeiten** um den Brauchtum und das Vereinsleben zu unterstützen und zu fördern.

Oft fehlt es aber auch an Versammlungsräumen, die durch Vereine oder für das Brauchtum genutzt werden können. Auch in der Thematik ist die Kommune gefordert Hilfestellungen zur Schaffung von solchen Räumen zu leisten.

Darüber hinaus braucht es aber auch eine **strategische Planung**, wie man Brauchtum und Vereinsleben wieder mit Leben und Menschen füllt – gerade in Hinsicht der **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**.

Wir wollen:

- Budgets und Förderprogramme sowie die Schaffung von Versammlungsräumen zur Unterstützung von Brauchtum und Vereinsleben.
- Eine strategische Planung und Maßnahmen unter Beteiligung der Vereine, um Brauchtum und Vereinsleben wieder stärker in den Fokus der Bürgerinnen und Bürger bringen.

2. Mehr Rechte, mehr Beteiligung, mehr Bezirk! In der kommunalpolitischen Abfolge sind die Bezirksvertretungen die ersten Gremien, die beteiligt werden. Doch diese Beteiligung hält sich in Grenzen: wenn überhaupt, werden die Bezirksvertretungen überwiegend nur angehört, seltener geben sie eine Empfehlung

ab; Entscheidungen treffen dürfen sie kaum. Alle Macht liegt in den Ausschüssen und im Rat der Stadt.

Der Einfluss der Stadtratsfraktionen macht die Situation noch schwieriger, da diese *übergeordneten Fraktionszwänge* Einfluss auf die individuellen Entscheidungen der Bezirksvertreter und Bezirksfraktionen haben.

Immer wieder werden Wünsche der Bezirksvertretung oder (generell) der kommunalen Politik dadurch abgebügelt, dass es Prioritätenlisten der Verwaltung oder der städtischen Töchter gibt, die entsprechend abgearbeitet werden. Gemäß der Gemeindeordnung NRW §37 sind die Zuständigkeiten der Bezirksverwaltung klar geregelt. Die Bezirksvertretung sollte dementsprechend auch bei der *Prioritäteneinteilung* im Rahmen dieser Zuständigkeiten maßgeblich eingebunden werden.

Noch weniger zu entscheiden oder auch zu sagen haben die Bürgerinnen und Bürger. Diese können zwar theoretisch Fragen in einer Sitzung an die Bezirksvertretung stellen, allerdings nur, wenn die Bezirksvertretung, dies in der Sitzung zuvor auch beschlossen hat.

Eine weitere Möglichkeit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der hiesigen Bezirkspolitik sind die Bürgerrunden, wie z.B. die Rheindahlener Runde. Allerdings ist dieses Konstrukt weiter ausbaufähig – die Bürgerinnen und Bürger haben einen unumstößlichen Anspruch auf *Beteiligung, fortlaufende Informations- und Sachstandsankunft und transparente Begleitung im politischen Prozess*.

Wir wollen:

- Mehr Einfluss der Bezirksvertretungen auf die städtische Gesamtpolitik, sofern diese die Bezirke in den Auswirkungen mitbetreffen. Auch müssen Veto- und Einspruchsrechte der Bezirksvertretungen in der gesamtstädtischen Politik ein Thema werden – dies ist zwar ein Kampf der nicht kommunal geführt wird (sondern auf Landesebene), aber kommunal z.B. durch Resolutionen angestoßen werden könnte.
- Die Bezirksvertretung ist maßgeblich bei der Aufstellung von Prioritätenlisten bei Zuständigkeiten der Bezirksvertretung einzubinden. Der Sachstand der Prioritätenlisten ist regelmäßig vorzustellen, um eventuelle Anpassungen vornehmen zu können.
- Bürgerforen in allen Hauptstadtteilen (Holt, Rheindahlen, Wickrath), oder alternativ ein Bezirksforum, dass abwechselnd in den drei Hauptstadtteilen tagt. Dort sollen Bürgerinnen und Bürger vollumfänglich beteiligt werden, Projekte und Entscheidungen der Stadtteile oder des Bezirks vorgestellt und diskutiert werden,

Fragen gestellt und beantwortet werden können und Sachstandsberichte zu laufenden politischen Verfahren gegeben werden.

3. Ran an die Kohle – Bürgerhaushalt statt Bezirkshaushalt. Die Bezirke der Stadt Mönchengladbach verfügen (mit Stand 07.05.2025) über sogenannte *Bezirkshaushalte* mit einem jährlichen Volumen von jeweils 100.000 EUR. Dadurch können Zuschüsse von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen oder Verbänden für Projekte, Veranstaltungen, Vereinsförderung und Verbesserungsmaßnahmen im Bezirk gestellt werden.

Über die Auszahlungen entscheidet dann die Bezirksvertretung. Dies ist nicht ganz unproblematisch, da theoretisch jede Bezirksvertreterin und jeder Bezirksvertreter natürlich versuchen könnte das Beste für seinen Wahlkreis raus zu schlagen – schließlich möchte man ja irgendwann wiedergewählt werden. Auch fehlen bis zum heutigen Tage Förderrichtlinien, die Förderfähigkeiten näher regeln.

Es sind alle Menschen im Bezirk, die wissen, was das Beste für ihren Bezirk und ihren Stadtteil ist. Daher sollte auch die Entscheidung z.B. durch Punktevergaben oder *demokratische Mehrheitsabstimmungen* bei allen Anwohnern im Bezirk liegen. Auch sollte auf eine gleichmäßige Verteilung von Geldern auf die Stadtteile im Gesamtbezirk hingewirkt werden.

Wir wollen:

- Einen echten Bezirks-Bürgerhaushalt über den die Menschen im Bezirk selber durch Punktevergabe oder Mehrheitsabstimmung per Internet und ergänzend über nicht-internetbasierte Kanäle entscheiden können und der alle Stadtteile im Bezirk im gleichen Maße berücksichtigt.
- Enger gefasste Förderrichtlinien für den jetzigen Bezirkshaushalt, solange es keinen Bezirks-Bürgerhaushalt gibt.